

Mittwochspalte

11.11.2009

Gottfried Gehr :

Machtspiel Mietspiegel

Nach genau dem halben Jahr
Wartefrist bringt der OB den in
Frühjahr vom Gemeinderat
abgelehnten Antrag auf Einführung
eines Mietspiegels erneut ein. Die
Schmach mit einer Stimme verloren
zu haben, kann er nicht auf sich
sitzen lassen. Jetzt dominieren die
Grünen mit ihren 14 Stimmen und die
SPD als Mehrheitsbeschaffer.

Wer bei knappsten Haushaltsmitteln
und verunglücktem Großprojekt jetzt
weitere € 80.000 Bürgergeld ausgibt
und sich zugleich verpflichtet,
ähnliche Beträge alle zwei Jahre für
die Fortschreibung aufzuwenden,
sollte doch richtig gute Gründe
vorweisen. Wir finden sie heute noch
weniger als damals: Das Argument:
„Wir müssen das rechtlich“ stimmt
nicht und wird durch laufende
Wiederholung nicht richtiger. Die
angebliche Notwendigkeit für Hartz
IV Empfänger ist inzwischen vom
Tisch. Die stehen durch einen
Mietspiegel keinen Deut besser da.

Was bleibt ist, drittens, die Wirkung
auf den Markt: Wem nützt der
Mietspiegel, den Hausbesitzern oder
den Mietern? Es nützt vor allem den
Hausbesitzern. Und die brauchen
bei dem hohen Mietniveau in
Tübingen nun wahrlich nicht die
Unterstützung der Grünen und der
SPD. Wer bestreitet, dass der
Mietspiegel ein Freifahrtschein zu
Mieterhöhungen in Tübingen ist,
sollte pragmatisch durchdenken,
was konkret am Tag nach
Erscheinen des Mietspiegels

Vorstand: Dieter Schmid, Schwabstraße 81, 72074
Tübingen

Eingetragen im Vereinsregister Tübingen unter VR
1221

Volksbank Tübingen Konto Nr. 46 006 001 (BLZ 641 901
10)

passieren wird:

Da vermietet einer eine Wohnung und die ist nach dem Mietspiegel zu teuer. Konsequenz: Keine! Der Mieter kann keinerlei Recht auf Mietsenkung ableiten.

Der umgekehrte Fall ist spannender und wir schätze, sehr viel häufiger: Da konnte der Vermieter bisher keine Preiserhöhung durchsetzen, weil das ohne Mietspiegel schwerer war oder weil ihm schlicht der Überblick fehlte. Jetzt bekommt er es mit Palmers Mietspiegel schwarz auf weiß: Er hat seine Wohnung zu billig vermietet. Die meisten werden wohl „ihr gutes Recht“ auf höhere Mieten schleunigst durchsetzen. Rechtlich ganz einfach! Anwälte könnten daraus ein richtig schönes Massengeschäft machen.

Bei allem Verständnis für grüne Politik, aber dieser Machtmissbrauch der Grünen-Fraktion im Gemeinderat war sicher von den Bürgern, welche AL/Grüne wählten, so nicht gewollt. Der Mietspiegel ist ein teures Bürokratie-Monster mit kontraproduktivem Gutmensch-Appeal.

Wir hoffen auf Einsicht einiger SPD-Gemeinderäte, sich wenn nicht an die Haltung der W.U.T., dann doch wenigstens an die Position der Linken zum Mietspiegel anzunähern: Die haben das genauso durchdacht und kommen zum gleichen Schluss. Lasst den Unsinn sein, nutzt das knappe Geld der Bürger für wirklich soziale Zwecke.